

Material der Jugendforschung zur Vorbereitung des Lehrgangs des ZK in Kleinmachnow

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1988). *Material der Jugendforschung zur Vorbereitung des Lehrgangs des ZK in Kleinmachnow*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-402021>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Material der Jugendforschung zur Vorbereitung
des Lehrganges des ZK in Kleinmachnow

Autorenkollektiv

Verantwortlich: W. Friedrich

Leipzig, September 1988

G. Lange, W. Schubarth
Sektor: Jugend und Ideologie

Soziale Triebkräfte und Grundbedürfnisse Jugendlicher an der Schwelle der 90er Jahre

Die sich seit einigen Jahren verstärkenden Tendenzen in der ideologischen Entwicklung Jugendlicher, wie das zunehmend kritisch-distanzierte Verhältnis gegenüber der Politiker der SED, mangelndes gesellschaftliches Engagement usw. zwingen dazu, sich intensiver der Erforschung der Ursachen für diese Entwicklungen zuzuwenden und entsprechende praktische Schlußfolgerungen abzuleiten. Das erfordert, die wesentlichen sozialen Prozesse der Jugendentwicklung und deren Triebkräfte aufzudecken.

Dabei kommt insbesondere der Analyse des Widerspruchs zwischen den objektiven sozialen Bedürfnissen (bzw. ihrer bewußten Widerspiegelung als Interessen) und den vorhandenen gesellschaftlichen Möglichkeiten ihrer Realisierung wachsende Bedeutung zu.

Dieser Widerspruch hat in den 80er Jahren u. E. eine Zuspitzung erfahren, was seinem Wirken als Triebkraft zunehmend entgegensteht. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse Jugendlicher, wie ihr Streben nach Selbstverwirklichung, Selbständigkeit, Individualität, demokratischer Mitbestimmung usw. haben sich in den letzten Jahren rasch entwickelt, ohne daß die Mittel und Möglichkeiten für ihre Befriedigung in annähernd gleichem Maße zugenommen hätten.

Im folgenden sollen drei wesentliche Grundbedürfnisse der heutigen Jugend in ihrer gegenwärtigen Widersprüchlichkeit und mögliche Bewältigungsstrategien aufgezeigt werden. Dabei gehen wir davon aus, daß diese Grundbedürfnisse auch das Denken, Fühlen und Handeln der Jugend der 90er Jahre entscheidend bestimmen werden. Für die Jugendpolitik kommt es heute deshalb vor allem darauf an, diese sozialen Grundbedürfnisse der Jugend zu erkennen, zu akzeptieren und als soziale Triebkräfte zu mobilisieren.

1. Bedürfnis nach globaler Existenzsicherung

Für die Jugend, die am Anfang ihrer bewußten Lebensgestaltung steht, bildet die langfristige und umfassende Existenzsicherung das entscheidende Lebensbedürfnis. Doch gerade dieses Bedürfnis ist heute noch immer bedroht (atomare und ökologische Bedrohung,

politische und ökonomische Krisen, Havarien, AIDS usw.). Damit wird für die Jugend die Lebenssinnggebung erschwert. Solche sich häufenden Erscheinungen, wie "Hier-und-Jetzt-Denken", pessimistische Stimmungen, irrationale Bewußtseinsformen u. a. m. machen dies deutlich, zumal der Marxismus-Leninismus den Jugendlichen kaum praktische weltanschauliche "Lebenshilfen" für deren Bewältigung bietet. Es muß somit in den kommenden Jahren darum gehen, der Jugend die Sinnhaftigkeit des Lebens stärker zu beweisen durch:

- Ausprägung von Zukunftsoptimismus auf der Grundlage einer die Jugend überzeugenden Gesellschaftsstrategie, was Erscheinungen einer lebensfremden Erfolgspropaganda ausschließt;
- Befähigung der Jugendlichen zu einer globalen Sichtweise, Entwicklung eines neuen politischen Denkens, einschließlich des Bewußtmachens der Verantwortung des Einzelnen für die Entwicklung der Menschheit (Befähigung zum Dialog mit Andersdenkenden);
- Entwicklung des materialistisch-dialektischen Denkens und des sozialistischen Geschichtsbewußtseins bei Jugendlichen, um aus einer fundierten Analyse der Menschheitsgeschichte und der aktuellen Politik Kraft und Zuversicht für das eigene Leben schöpfen zu können;
- Überwindung von Entfremdungserscheinungen gegenüber Politik und Staat auf der Basis stärkerer Einbeziehung der Jugend in gesellschaftliche Belange, insbesondere durch den Ausbau von Betätigungsfeldern für die Entwicklung ihres sozialen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Schöpferturns.

2. Bedürfnis nach sozial und individuell sinnvoller Lebensgestaltung

Die Errungenschaften der Sozialpolitik, die Befriedigung solcher Grundbedürfnisse wie Arbeiten, Wohnen, Essen, Kleiden, Bilden usw. werden von den Jugendlichen, die ja damit aufgewachsen sind, längst als Selbstverständlichkeit angesehen und verlieren deshalb auch an Triebkraftwirkung. Für die heutige Jugend rücken immer mehr qualitative Momente der Bedürfnisbefriedigung in den Mittelpunkt. Dies ist zugleich Ausdruck einer objektiv notwendigen, ständig erweiterten Reproduktion der Bedürfnisse auf höherem

Niveau als Voraussetzung auch für die Entwicklung im Sozialismus. Zu solchen neuen Lebensansprüchen der Jugend gehören z. B. eine interessante und sinnorientierte Bildung und Arbeit, die produktive Anwendung des erworbenen Wissens und Könnens, hochwertige Konsumgüter (einschließlich Freizeitartikel und Nahrungsmittel), eine gesunde Lebensweise (vielfältige Freizeit- und sportliche Betätigung, saubere Umwelt), mehr Freizügigkeit, Reisemöglichkeiten und eine hochentwickelte Infrastruktur (Verkehrswesen, Kommunikationsmittel u. v. a. m.).

Für die Jugend der DDR kommt hinzu, daß sie täglich mit einer anderen Gesellschaftsordnung konfrontiert wird, die der Befriedigung vieler dieser Lebensbedürfnisse heute noch näher kommt als der Sozialismus. Das unterschiedliche Niveau der Befriedigung verschiedener Bedürfnisse wirft bei den Jugendlichen Fragen auf, läßt sie an den Möglichkeiten und Potenzen des Sozialismus zunehmend zweifeln. Sie wollen nicht schlechter leben als andere, sich nicht als "Menschen zweiter Klasse" fühlen (eine der von Jugendlichen häufig genannten möglichen Ursachen für die Ausreise von DDR-Bürgern oder von Urlaubserfahrungen in Ungarn, Bulgarien).

Ziel und Aufgabe bei der weiteren Gestaltung unserer Gesellschaft kann es aber nicht sein, Entwicklungen und Erscheinungen des Kapitalismus zu kopieren bzw. nachzueifern, sondern der bürgerlichen eine sozialistische Lebensqualität entgegenzusetzen, die die sinnerfüllte schöpferische Gestaltung der Arbeit und Freizeit in den Vordergrund rückt und dabei nicht auf bedürfnisgerechte, hochwertige und langlebige Konsumgüter verzichtet.

3. Bedürfnis nach Anerkennung und Betätigung als politisches Subjekt

Die heutigen Jugendlichen zeichnen sich durch einen gestiegenen Anspruch auf Selbstbestimmung, gesellschaftliche Mitsprache und Mitbestimmung in den sie betreffenden Planungs- und Leitungsprozessen aus. Die Masse der Jugendlichen fühlt sich jedoch weitgehend von diesen Prozessen in ihrem unmittelbaren Lebensalltag (Schule, Lehre, Hochschule, NVA, Wohnheim, Territorium usw.) ausgeschlossen, macht vielmehr Erfahrungen mit Gängelei, Bevormundung, Mißtrauen, Mißachtung der Persönlichkeit, Formalismus, Bürokratie u. ä.

Die politische Aktivität vieler Jugendlicher ist oftmals nur auf die Ausführung von Beschlüssen reduziert, was bewirkt, daß die betreffenden Jugendlichen auch kaum Verantwortungsgefühl für die getroffenen und zu realisierenden Entscheidungen entwickeln. Statt dessen kommt es zu Entfremdungserscheinungen, sinkendem gesellschaftlichen Engagement, Gleichgültigkeit, Passivität u. ä. Um diese Situation spürbar zu ändern, bedarf es einer grundlegenden Hinwendung aller gesellschaftlichen Erziehungskräfte (vor allem Schule, Berufsschule, Hochschule, Betrieb, FDJ, Medien) zu den Interessen und Ansprüchen des einzelnen Jugendlichen und seines Kollektivs. Die Jugendlichen müssen im Alltag erleben, daß sie als Persönlichkeit akzeptiert werden und daß ihre Interessen, Meinung und Entscheidungen wirklich gefragt sind. Auf diese Weise wird ihnen auch das so notwendige Gefühl vermittelt, von der Gesellschaft als ganze Persönlichkeit gebraucht zu werden, wodurch diesbezüglich noch bestehende Defiziterlebnisse abgebaut werden. Nur wenn es gelingt, die gesellschaftliche Mitbestimmung Jugendlicher in allen Bereichen zu entfalten, können ihre schöpferischen Potenzen mobilisiert und ausgeschöpft werden.

Das setzt voraus, daß das Niveau der politischen Kultur, besonders der politischen Bildung, Information und des Meinungsstreits entscheidend erhöht wird. Die Jugendlichen, die durchaus politisch interessiert sind, erwarten von der politischen Bildung und von unseren Medien, daß sie offen und ehrlich über alle Entwicklungsprobleme unserer Gesellschaft informiert und in die Diskussion dieser Probleme gleichberechtigt einbezogen werden. Die Erwartungen eines immer größer werdenden Teils der Jugendlichen werden in dieser Hinsicht nicht erfüllt, und so wenden sie sich enttäuscht den Westmedien zu. Information und Diskussion über alle relevanten Bereiche ist jedoch eine der Grundvoraussetzungen, um als politisches Subjekt in Erscheinung treten zu können. Nur ein Mensch, der über alle Belange der Gesellschaft in der er lebt, wahrheitsgemäß und ausreichend informiert ist und der die Möglichkeit hat, sich selbständig eine eigene Meinung zu bilden und diese offen zu vertreten, wird sich auch für diese Gesellschaft engagieren. Dieses Gefühl, als politisch mündiger Bürger anerkannt zu werden, dessen Meinung ge-

fragt ist und auch real etwas bewirken kann, ist besonders für Jugendliche wichtig, da sie auf der Suche nach weltanschaulichen Positionen und ihrem Platz im Leben sind. Können sich die Jugendlichen aber im öffentlichen gesellschaftlichen Leben nicht als politisches Subjekt realisieren, suchen sie sich andere soziale Betätigungsfelder, um dieses Bedürfnis zu befriedigen oder - wenn auch unbewußt - zu kompensieren (z. B. im Rahmen der Kirche oder in informellen Gruppen).

Als Lösungswege erachten wir deshalb als notwendig:

- breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie, stärkere Einbeziehung der Jugendlichen in die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der sie betreffenden Planungs- und Leitungsprozesse, dadurch Entwicklung von sozialer Kompetenz (Demokratieausübung muß von klein auf erlernt werden, z. B. durch Selbstverwaltung der Schüler, Lehrlinge oder Studenten);
- Befähigung der Jugendlichen zu eigenverantwortlichem, gesellschaftlich engagiertem Denken und Handeln durch die Aneignung der materialistisch-dialektischen Methode der Gesellschaftsanalyse, Entwicklung einer hohen Kultur des politischen Meinungsstreits;
- Ausprägung politischer Identifikation nicht durch vordergründiges Politisieren, sondern durch gesellschaftliches Engagement Jugendlicher am Arbeitsplatz, in der Schule und in einer offenen und ehrlichen Diskussion (ohne ideologische Verdächtigung), Überwindung von Erscheinungen der Doppelzüngigkeit, besonders in der Schule;
- höhere Selbständigkeit und Verantwortung für die Primärkollektive (z. B. die FDJ-GO) und für die einzelnen Jugendlichen, Erweiterung der Basisdemokratie;
- Gewährung von mehr Raum für eigene Aktivitäten und Initiativen, mehr Mut zu schöpferischer Spontaneität und zu neuen, unorthodoxen Formen der Jugendarbeit;
- stärkere Orientierung auf die Individualität der Jugendlichen, Anerkennung ihres Anspruchs auf politische, kulturelle und moralische Selbstbestimmung.

X Zusammengefaßt ergibt sich, daß in den letzten Jahren all jene Bedürfnisse stark an Bedeutung gewonnen haben, die auf die unmittelbaren Entwicklungs- und Entfaltungsbedingungen der Persönlichkeit gerichtet sind, wie z. B. das Bedürfnis nach sinnvoller und schöpferischer Arbeit, die Wertschätzung einer intakten Umwelt, der Wunsch, als Persönlichkeit, unverwechselbare Individualität anerkannt zu werden, oder das Streben nach demokratischer Mitbestimmung. Dynamik und Differenzierung dieser Bedürfnisse nehmen zu und an die Art der Befriedigung werden ständig höhere Ansprüche gestellt. Werden diese Bedürfnisse, die dem Wesen des Sozialismus entspringen und deren Befriedigung sein höchstes Ziel darstellen sollte, im Alltag Jugendlicher nicht in ausreichendem Maße realisiert, können sich negative Erscheinungen und Tendenzen (wie z. B. verringerte politische Identifikation mit der DDR) verstärken. Identitäts- und Sinnfindung im gesellschaftlichen Engagement und Identitäts- und Sinnverlust sind so zwei Seiten des Widerspruchs zwischen den qualitativ neuen sozialen Bedürfnissen und dem mangelnden Vermögen der Gesellschaft, diese Bedürfnisse zu akzeptieren und als Triebkräfte sozialen Handelns zu aktivieren.

Aufgabe der Jugendpolitik und des Jugendverbandes muß es deshalb vorrangig sein, solche gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, daß sich diese sozialen Bedürfnisse in Handlungsräumen für unsere Gesellschaft realisieren können.

P. Förster

Abt. Politische Aktivität

Zu einigen Fragen der sozialistischen Wehrerziehung

Um die erforderliche Verteidigungsbereitschaft jederzeit aufrechtzuerhalten, sind auch künftig umfassende gesellschaftliche Anstrengungen unerlässlich. Dazu gehören die materielle und personelle Sicherstellung der Landesverteidigung und der Tätigkeit aller bewaffneten Organe ebenso wie die sozialistische Wehrerziehung der Bürger und die vormilitärische Ausbildung der Jugend in der GST (5. ZK-Tagung).

Aus dieser gesamtgesellschaftlichen Sicht sind realistische, nüchterne Analysen auf dem Gebiet der Wehrerziehung dringer denn je erforderlich. Aus langjährigen Trendanalysen (s. Tabelle im Anhang) geht klar hervor, daß die Verteidigungsbereitschaft der Jugend in den letzten Jahren nicht stabilisiert werden konnte, sondern zum Teil deutlich zurückgegangen ist. Das wird auch durch neueste Ergebnisse einer gerade abgeschlossenen Intervallstudie bei Lehrlingen im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung bestätigt. Zu Beginn der Ausbildung (Herbst 1986) waren 43 Prozent der Lehrlinge uneingeschränkt zum Schutz der DDR bereit, am Ende (Frühjahr 1988) nur noch 24 Prozent. Ähnliche Tendenzen zeigen sich in bezug auf die Grundhaltung zum Wehrdienst und zur vormilitärischen Ausbildung.

Die ausbildungsbegleitende Anlage der Untersuchung läßt verallgemeinerungswürdige Aussagen über wesentliche Bedingungen der genannten Tendenz zu. So ist erkennbar, daß der Rückgang der Verteidigungsbereitschaft mit einer deutlichen Abschwächung der Identifikation der Lehrlinge mit der DDR einhergeht: Zu Beginn der Ausbildung identifizierten sich uneingeschränkt mit der DDR 50 Prozent, am Ende nur noch 32 Prozent. Diese Abschwächung der Identifikation mit der DDR ist auch in anderen Teilgruppen der Jugend nachweisbar.

X | Damit wird erneut belegt: Die Verteidigungsbereitschaft der Jugend steht und fällt mit ihrer Identifikation mit dem realen Sozialismus in der DDR. Probleme bei der Herausbildung dieser Identifikation fördern Zweifel an der Verteidigungswürdigkeit

der DDR. Auch deshalb muß künftig noch mehr getan werden, um bei unserer Jugend die Liebe zum sozialistischen Vaterland zu vertiefen.

Eine weitere einflußreiche Determinante ist ein klares, differenziertes Bild vom Gegner. Die erwähnte Untersuchung bestätigt erneut, daß es bei der Herausbildung dieses Bildes vom Gegner erhebliche Rückstände gibt, daß vor allem Illusionen über den Auftrag der Bundeswehr bestehen und weiter zunehmen.

Die erwähnte Untersuchung läßt zugleich erhebliche Reserven wirkungsvoller vormilitärischer Ausbildung erkennen, die größtenteils bekannt sind, nunmehr jedoch konsequenter erschlossen werden müssen. Ihr gemeinsamer Nenner besteht im Grunde genommen in der Überwindung einer von den Ausbildungsteilnehmern stark empfundenen Unterforderung, insbesondere hinsichtlich ihrer geistigen Potenz. Äußerten im 1. Ausbildungsjahr bereits 38 Prozent, geistig stark unterfordert zu werden, so stieg dieser Anteil am Ende der Ausbildung auf 56 Prozent an! Vergleiche mit früheren Untersuchungen lassen außerdem darauf schließen, daß die geistige Unterforderung heute stärker empfunden wird als noch vor drei oder vier Jahren!

Selbst von den Ausbildungsteilnehmern, die nur Grundwehrdienst leisten werden, fühlen sich 50 Prozent geistig unterfordert; von denen, die sich zum Dienst auf Zeit entschlossen haben, sogar 70 Prozent!

In dieselbe Richtung weist die Tatsache, daß nur rund ein Drittel der Jugendlichen am Ende der Ausbildung zum Ausdruck bringt, in ihr zeigen zu können, was in ihnen steckt.

Reserven bestehen vor allem in folgender Hinsicht:

a) Effektivere Gestaltung der wehrpolitischen Schulung. Die WPS erfährt von den Ausbildungsteilnehmern (auch der ideologisch fortgeschrittenen) eine sehr kritische Bewertung. Das Interesse an ihr geht im Verlaufe der Ausbildung deutlich zurück. Diese Tendenz ist sehr ernst zu nehmen, zumal sich im gleichen Zeitraum das Interesse derselben Jugendlichen am politischen Geschehen verstärkt! Nur wenige Jugendliche beteiligen sich an den Diskussionen, die meisten hören nur zu oder sitzen ihre Zeit ab. Am Ende der Ausbildung meint nur jeder Fünfte, durch die WPS gut auf den Wehrdienst vorbereitet worden zu sein.

Dieses Ergebnis wiegt deshalb sehr schwer, weil zur gleichen Zeit auch das FDJ-Studienjahr eine sehr kritische Beurteilung erfährt. Ein nicht kleiner Teil der Jugendlichen beteiligt sich an beiden Schulungsformen ohne Interesse.

Der Einheit von inhaltlicher und methodischer Gestaltung muß in der WPS weitaus mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Vor allem sollten die Teilnehmer stärker aktiviert, zur Diskussion und zum Meinungsstreit herausgefordert werden. Viel stärker muß an das gewachsene Interesse für Politik, an die vielfältigen Fragen und Probleme der Jugendlichen angeknüpft werden. Das setzt natürlich entsprechende Fähigkeiten der Ausbilder voraus, einschließlich einer guten politischen Informiertheit.

b) Übertragung realer, konkreter und erlebbarer Verantwortung für die Ausbildung an möglichst viele Teilnehmer. In dieser Hinsicht besteht ein erheblicher Nachholebedarf. Viele Jugendliche äußern kritisch, daß ihnen zu wenig Eigenverantwortung für die Gestaltung ihres kollektiven Lebens übertragen wird, daß sie nur geringe Möglichkeiten demokratischer Mitentscheidung haben. So bestätigen nur knapp 20 Prozent der Teilnehmer, im Rahmen der praktischen Ausbildung Aufgaben erhalten zu haben, für die sie persönlich verantwortlich waren. Ein weiterer großer Teil der Jugendlichen wäre dazu bereit gewesen. Ähnlich ist die Situation im Bereich der theoretischen Ausbildung. Stark ausbaufähig ist in diesem Zusammenhang auch die Arbeit mit den persönlichen Aufträgen. Richtig gehandhabt, können sie ein wirkungsvolles Mittel zur Stimulierung verantwortungsbewußter Mitarbeit sein.

Noch spielen aber solche Aufträge eine zu geringe Rolle. So hatten nur 5 Prozent der Lehrlinge einen persönlichen Auftrag im Rahmen der "GST-Verpflichtung XI. Parteitag" übernommen. Im Rahmen der FDJ hatten rund 40 Prozent einen persönlichen Auftrag erhalten. Allerdings bestätigt nur rund ein Drittel davon (11 Prozent aller Teilnehmer), daß der Auftrag eine konkrete Aufgabe zur vormilitärischen Ausbildung enthält.

Eine Möglichkeit, Mitverantwortung für eine wirksame vormilitärische Ausbildung zu übernehmen, ist die Mitarbeit im FDJ-Aktiv der Ausbildungseinheit. Diese Aktive müssen allerdings noch besser bei der Verwirklichung ihres politischen Auftrages unterstützt werden. Nur ein kleiner Teil der Jugendlichen (15 % bis 20 %) äußert sich positiv über die Tätigkeit ihres Aktivs, ein großer

Teil weiß überhaupt nicht, ob es ein Aktiv gibt.

Diese und weitere Ergebnisse und Tendenzen unterstreichen die weiter wachsenden Anforderungen an die Ausbilder, Trainer und Funktionäre. Der VIII. GST-Kongreß hat dazu weitreichende Orientierungen gegeben. Dennoch sollte erneut darüber nachgedacht werden, wie die sozialistische Wehrorganisation noch besser bei der Verwirklichung ihrer Absicht unterstützt werden kann, die Kader, insbesondere die Ausbilder, für eine wirksame ideologische Arbeit mit den Jugendlichen zu befähigen.

Vor allem geht es dabei darum, sich weitaus besser auf die neuen Züge in der Persönlichkeit der heute heranwachsenden Jugendlichen einzustellen, z. B. auf ihr höheres intellektuelles Niveau, ihr gewachsenes Selbstbewußtsein, ihre politische Reife usw.

Anhang: Daten zur VerteidigungsbereitschaftTab. 1: Veränderungen der Verteidigungsbereitschaft von
Lehrlingen und Schülern

		Ich bin bereit, die DDR unter Einsatz meines Lebens zu verteidigen			
		Das trifft zu			
		voll- kommen	mit Ein- schränkung	kaum	überhaupt nicht
<u>Lehrlinge</u>	1975	50	36		14
	1978	34	51		15
	1988	27	43		30
<u>Schüler</u> <u>10. Klasse</u>	1978	35	49		16
	1985	46	50		4
	1988	14	43		43
<u>Studenten</u>	1975	46	42		12
	1979	38	46		16
	1988	30	40		30

Tab. 2: Veränderungen der DDR-Verbundenheit, der Verteidigungsbereitschaft und der Haltung zum Wehrdienst und zur vormilitärischen Ausbildung bei einer identischen Gruppe von Lehrlingen (Intervallstudie 1986 - 88)

	Untersuchungs- etappe	Das entspricht meiner Auffassung			
		1 voll- kommen	2	3	4 u. 5 über- haupt nicht
Ich fühle mich mit der DDR als meinem soz. Vaterland eng verbunden	I ¹ II III	50 35 32	32 38 39	12 20 20	6 7 9
Wer die DDR militärisch angreift, den würde ich bedingungslos bekämpfen	I II III	51 36 31	27 32 32	13 20 23	9 12 14
Im Falle eines militärischen Angriffs auf die DDR würde ich sie selbst unter Einsatz meines Lebens schützen	I II III	43 29 24	35 39 34	14 20 28	8 12 14
Es ist notwendig, daß jeder männliche junge DDR-Bürger seinen Wehrdienst leistet	I II III	50 32 23	25 26 27	13 20 20	12 22 30
Es ist notwendig, daß jeder männliche DDR-Bürger die vormilitärische Ausbildung durchläuft	I II III	32 18 17	24 25 20	20 28 23	17 23 30!
					noch unklar 7 6 10

1 Anmerkung: Die I. Etappe der Untersuchung war zu Beginn der Ausbildung, die II. etwa nach einem Jahr, die III. am Ende.

P. Förster

Abt. Politische Aktivität

Zur Einbeziehung der Jugend in die sozialistische Demokratie

X Aus jüngsten Forschungsergebnissen geht hervor, daß rund zwei Drittel der Jugendlichen das Anliegen des "FDJ-Aufgebotes DDR 40" unterstützen, Einfluß auf wichtige gesellschaftliche Angelegenheiten zu nehmen, d. h. sozialistische Demokratie zu praktizieren. Staatsbürgerliche Mitverantwortung zu tragen, mitzuplanen und mitzugestalten gehört zu den Grundbedürfnissen der meisten Jugendlichen.

Entscheidend für die Entfaltung der Potenzen der sozialistischen Demokratie - als humanistischer Wert, als ökonomische, soziale und ideologische Potenz - ist ihre Erlebbarkeit. Die vorhandenen Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung wirken keineswegs automatisch. Die 6. Tagung des ZK der SED orientierte darum darauf, die sozialistische Demokratie in allen Lebenssphären für jeden Bürger erlebbar zu machen. Gerade in dieser Hinsicht ist jedoch bei der Jugend ein beträchtliches Defizit zu verzeichnen, besteht kein Anlaß, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben. Forschungsergebnisse belegen, daß gegenwärtig nur ein kleiner Teil der jungen Werktätigen solche bedeutsamen Erfahrungen macht wie z. B. an der Ausarbeitung der betrieblichen Pläne beteiligt zu sein, Einfluß auf betriebliche Entscheidungen nehmen zu können. Wir halten für bedenkenswert, wenn nur rund 20 Prozent der jungen Werktätigen bejahen, mit ihrer Meinung Einfluß auf betriebliche Entscheidungen zu haben, rund 80 Prozent dagegen dies verneinen bzw. nicht genau wissen, ob sie Einfluß haben! (vgl. Tab.)

X Nicht sehr viel größer ist der Anteil der in der FDJ organisierten jungen Werktätigen, die zustimmen, in der FDJ die Möglichkeit zu haben, Einfluß auf wichtige betriebliche Entscheidungen zu nehmen. Das erreichte Niveau erlebter demokratischer Mitbestimmung darf also auf keinen Fall überschätzt werden.

X Eine realistische, ungeschminkte Einschätzung der Situation auf diesem Gebiet ist vor allem auch deshalb sehr wichtig, weil enge Zusammenhänge zwischen dem Erleben (bzw. Nichterleben) eigener Beteiligung an der demokratischen Machtausübung einerseits und den Wertorientierungen, politischen Überzeugungen und nicht zuletzt dem Leistungsverhalten der jungen Werktätigen andererseits bestehen.

X | Demokratieerleben beinhaltet ein beträchtliches Identifikationspotential mit dem Sozialismus, mit der DDR. Je nachdem, wie die Jugendlichen persönlich die Erfahrung machen können, ernstgenommen zu werden, mitreden und mitentscheiden zu können, erleben und akzeptieren sie z. B., daß ihre Lebensinteressen in der sozialistischen Gesellschaft gewährleistet sind. Diese dem Erleben realer eigener Teilnahme an der Herrschaft des Volkes innewohnenden Triebkräfte müssen u. E. klarer erkannt und genutzt werden. Wir sehen dazu vor allem folgende Möglichkeiten:

- Ein wesentlich konsequenteres Eintreten des Verbandes für eine umfassende Informiertheit aller jungen Werktätigen über das Plangeschehen und über wesentliche volkswirtschaftliche und betriebliche Zusammenhänge. Darüber ist in den letzten Jahren viel gesagt und geschrieben worden. Langjährige repräsentative Trendanalysen belegen aber eindeutig, daß der längst notwendige Durchbruch nicht erreicht wurde. Das gilt in besonderem Maße für die Information über die geplante Entwicklung des eigenen Betriebes und über den Welthöchststand. Selbst von den Mitgliedern von Jugendforscherkollektiven schätzen nur 40 Prozent ein, gut über den Welthöchststand auf ihrem Gebiet informiert zu sein!

Nach wie vor gibt es vielerorts die bereits früher scharf kritisierte ungerechtfertigte Zurückhaltung in Angelegenheiten, die überhaupt nicht unter Verschluß bleiben müssen, werden notwendige Informationen (z. B. über den Plan Wissenschaft und Technik) ganz unnötig zu einer Art "Geheimer Kommandosache" gemacht. Die Leitungen des Verbandes sollten sich mit noch größerer Konsequenz mit jenen Leitern auseinandersetzen, die eine umfassende und vor allem rechtzeitige Information über das Plangeschehen als eine formale, lästige Pflicht ansehen und so - ob gewollt oder nicht - ökonomische und ideologische Verluste hervorrufen.

- Ein weitaus größerer Einsatz der Leitungen des Verbandes ist auch bei der demokratischen Erarbeitung, Verwirklichung und Kontrolle der Jugendförderungspläne erforderlich. Trotz klarer gesetzlicher Festlegungen sind diese wichtigen Dokumente nach wie vor nur einem kleinen Teil der jungen Werktätigen bekannt.

- Einen bedeutenden eigenen Beitrag zur erlebbaren Teilnahme an der Machtausübung kann der Verband durch die weitere Vertiefung der innerverbandlichen Demokratie leisten. Auch in dieser Beziehung besteht ein deutlicher Nachholebedarf. So machen noch viel zu wenige Mitglieder die bedeutsame Erfahrung, in ihren FDJ-Gruppen gebraucht zu werden, konkrete eigene Verantwortung für die Gruppe zu tragen (s. Tab. 3 im Anhang). Der demokratische Stil der Führung des "FDJ-Aufgebotes DDR 40" verdient aus dieser Sicht tatkräftige Unterstützung aller Leitungen der Partei und aller staatlichen Leitungen. Als entscheidendes Kettenglied sehen wir dabei eine noch konsequentere Hinwendung zum Mitglied als dem Hauptakteur des Verbandes an, zu seinen vielseitigen persönlichen Interessen und Bedürfnissen.

Anhang: TabellenTab. 1: Persönliche Erfahrungen junger Werktätiger bei der demokratischen Mitbestimmung im Betrieb (Herbst 1987, Interessenstudie)

Ich habe die Erfahrung gemacht ...	Grad der Zustimmung, diese Erfahrung gemacht zu haben				
	1 voll- kommen	2	3	4	und 5 überhaupt nicht
<hr/>					
<u>daß der Grundsatz sozialistischer Demokratie "Plane mit, arbeite mit, regiere mit" verwirklicht wird</u>					
Gesamtgruppe	11	24	32		33!
FDJ-Funktionäre	15	27	35		23
FDJ-Mitglieder	9	26	29		36
Nichtmitglieder	8	18	35		39
FDGB-Funktionäre	12	24	34		30
FDGB-Mitglieder	11	25	32		32
 <u>nur FDJ-Mitglieder: daß ich in der FDJ die Möglichkeit habe, Einfluß auf wichtige betriebliche Entscheidungen zu nehmen</u>					
Gesamtgruppe	7	18	28		47!
FDJ-Funktionäre	12	20	30		38
FDJ-Mitglieder	4	17	27		52!

Tab. 2: Persönliche Erfahrungen Berufstätiger hinsichtlich ihrer Einbeziehung in betriebliche Entscheidungen ("Friedensstudie", Ende 1987)

Mit meiner Meinung habe ich Einfluß auf betriebliche Entscheidungen			
Diese Erfahrung habe ich gemacht			
	ja	nein	das kann ich nicht beurteilen
Gesamtgruppe der Berufstätigen (18-60 Jahre)	33	51!	16
Arbeiter	25	57	18
Angestellte	20	59	21
Ingenieure	42	49	9
Leiter	64	30!	6
Genossen	54	37!	9
Nichtgenossen	26	57	17
FDJ-Funktionäre 18-	21	61	18
FDJ-Mitglieder 25 Jahre	22	63	15

Tab. 3: Erfahrungen junger Werktätiger, in ihrer FDJ-Gruppe
gebraucht zu werden (Interessenstudie, Herbst 1987)

	Grad der Zustimmung, diese Erfahrung gemacht zu haben				
	1 voll- kommen	2	3	4	und 5 überhaupt nicht
<hr/>					
Ich habe das Ge- fühl, daß ich in meiner FDJ-Gruppe <u>gebraucht werde</u>					
Gesamtgruppe	18	23	24		35! ,
FDJ-Funktionäre	31	33	20		16
FDJ-Mitglieder	6	17	27		50!!
(zum Vergleich: Gesamtgruppe der Operativstudie zum Aufgebot April 88					
	14	24	29		33)

L. Kasek
Abt. Arbeiterjugend

Einige Probleme der Entwicklung der Arbeiterjugend

1. Durchsetzung des Leistungsprinzips:

Im allgemeinen erfüllen die jungen Arbeiter ihre Normen bzw. Aufgaben. Allerdings gibt es Tendenzen, nur noch aus individuellen Motiven zu arbeiten und sich weniger um Gesamtprozesse zu kümmern. Diese Haltung des "Dienstes nach Vorschrift" kann für das reibungslose Funktionieren des Produktionsprozesses negative Folgen haben. Die Verantwortung für den Gesamtbetrieb muß unbedingt stärker gefördert werden; bisherige Stimuli, wie z. B. die Jahresendprämie, reichen dabei nicht aus. Das erfordert insbesondere eine direktere und stärkere Bindung des Nettolohnes (nur dieser wirkt stimulierend) an den Gewinn der Betriebe. (Das muß Einfluß haben auf den Lohn des Einzelnen im Verhältnis zu seinen Kollegen. Aber wenn der Betrieb schlecht gearbeitet hat, müssen alle weniger bekommen - hat er gut gearbeitet, alle mehr.) Problematisch ist, daß durch die bekannten Versorgungsprobleme das Leistungsprinzip weiter ausgehöhlt wird und materielle Stimuli ihre Wirkung verlieren. Wichtige Steuerinstrumente erzeugen so keine Leistungsbereitschaft mehr. Noch problematischer sind die indirekten Versorgungslücken: Verkauf unter dem Ladentisch, Beziehungswirtschaft bis hin zu Korruption. Die bedarfsdeckende Versorgung ist eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Von ihr hängt Entscheidendes für die Leistungsbereitschaft ab.

2. Veränderungen gibt es im Leistungsstil in den Arbeitskollektiven. Dazu gibt die folgende Tabelle einen Überblick.

Tabelle

Einschätzung des Leiters

(jeweils Pos. 1 = trifft vollkommen zu und
Pos. 3 + 4 = trifft kaum oder gar nicht zu)

(Angaben in %)

	1986	1988
Mein unmittelbarer Leiter ...	1 / 3+4	1 / 3+4
vertritt konsequent die Politik der SED	60 / 11	56 / 12
analysiert kritisch die Leistungen des Kollektivs	49 / 10	47 / 13
bewertet meine Leistungen gerecht	51 / 6	46 / 9
hat Verständnis für persönliche Sorgen und Nöte	38 / 16	42 / 16
respektiert und fördert die Eigenverantwortung der Mitarbeiter	46 / 12	41 / 14
ist uns in seiner Leistungsbereitschaft Vorbild	41 / 20	39 / 20
hat vielfältige geistig-kulturelle Interessen	35 / 22	33 / 25
kann sich bei übergeordneten Leitungen durchsetzen	28 / 18	31 / 25
entscheidet rechtzeitig und umsichtig	29 / 18	29 / 17
ist vor allem auf sein persönliches Fortkommen bedacht	16 / 59	14 / 57

Etwas kritischer gewertet werden vor allem die Möglichkeiten des Leiters, sich bei übergeordneten Leitungen durchzusetzen. Damit übereinstimmend sagen auch etwa 30 % der Leiter, daß sie keinen Einfluß auf Entscheidungen im Betrieb haben. Das wirkt sich auf den Leitungsstil aus: Leistungen werden pauschaler, weniger konkret auf die Persönlichkeit bezogen eingeschätzt, die Mitarbeiter fühlen sich weniger gerecht bewertet. Die Eigenverantwortung der Mitarbeiter kann natürlich nicht genügend gefördert werden, wenn der unmittelbare Leiter selbst keine Entscheidungsmöglichkeiten hat. Andererseits wird dem Lehrer mehr Verständnis für

Sorgen und Nöte der Mitarbeiter zuerkannt. Hier gibt es offensichtlich eine Tendenz bei den Leitern, die sich selbst als Objekt eines mehr oder weniger irrationalen, schwer durchschau- und beeinflussbaren Apparates sehen, sich mit den Mitarbeitern in der gemeinsamen, oft hilflosen Klage über Mängel und Unzulänglichkeiten zu verbinden.

Insgesamt ist aber das Verhältnis Leiter - Mitarbeiter in den Arbeitskollektiven weitgehend intakt. Größere Spannungen und Konflikte sind selten. (Bei etwa 10 % bis 15 % der jungen Werktätigen treten sie auf.) Es gibt auch Tendenzen, sich die Sympathie der Kollegen bei unpopulären Maßnahmen bzw. Folgen von Schwächen in der Leitungsarbeit (z. B. Überstunden, Sonder-schichten u. ä., um Verluste infolge mangelhafter Materialversorgung aufzuarbeiten) durch kumpelhaftes Verhalten, großzügige Leistungsabrechnung, Tolerieren von kleineren Disziplinverletzungen zu erkaufen, Auseinandersetzungen durch Zugeständnisse aus dem Wege zu gehen, die sich letztlich negativ auf die Leistungsbereitschaft auswirken.

Die Hauptprobleme der Leitungsarbeit im Betrieb liegen jedoch im Verhältnis der unteren Leitungsebenen und Arbeitskollektive zur Betriebsleitung. In den mangelnden Handlungs- und Entscheidungskompetenzen der Leiter unterer Ebenen liegt die Hauptursache dafür, daß ein großer Teil der Vorschläge und Anregungen der Werktätigen nicht realisiert werden, daß sie oft kaum Einfluß auf betriebliche Entscheidungen haben und daß es einen großen Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit sozialistischer Demokratie gibt. Die Kehrseite ist, daß viele übergeordnete Leitungen mit operativer Arbeit überlastet sind, aus Mangel an Information das Berichte-Unwesen ankurbeln und dann doch in ihren Entscheidungen die konkreten Bedingungen nur unzureichend beachten können. Analytische und strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten werden zwangsläufig vernachlässigt. Das Ergebnis sind Entscheidungen und Vorgaben, die bei den Werktätigen immer stärkere Zweifel an der Fähigkeit der übergeordneten Leitungen, kompetent zu entscheiden, wecken. Delegation von operativen Entscheidungen an die Basis und Stärkung übergeordneter Leitungen bedingen in diesem Sinne einander. Probleme entstehen auch durch

eine verbreitete Neigung, sich rückzuversichern und damit Entscheidungen faktisch nach oben abzuschieben. Die Kehrseite sind häufige, unkalkulierbare Eingriffe und Korrekturen in die Arbeit der unteren Ebenen und ein Übermaß an schriftlicher Berichterstattung. Das hemmt die Entwicklung von Verantwortungsbewußtsein und Initiative bei den Leitern der unteren Ebenen. Für die Mehrheit der jungen Arbeiter sind oft lediglich die Erscheinungsformen solcher Leitungstätigkeit subjektiv bedeutsam (also schlechte Arbeitsorganisation, überlange Fristen für Entscheidungen, Bürokratie, Schönfärberei, geringe Mitsprachemöglichkeiten). Dagegen denken viele Hoch- und Fachschulabsolventen unter dem Eindruck der Umgestaltung in der Sowjetunion tiefgründig über Fragen der Leitungsarbeit und Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung nach.

Bei einem großen Teil der jungen Facharbeiter ist das Bedürfnis, bei Leitungsentscheidungen über das Arbeitskollektiv hinaus mitzureden, gegenwärtig nicht allzu stark entwickelt. Sehr große Bedeutung hat das für 15 % (1986 waren es 18 %), während es 1988 für 34 % (1986 = 27 %) unwichtig ist. Die zunehmend negativen Erfahrungen der Aktivsten, konstruktiv Mängel zu überwinden, führt dazu, daß der Anteil derjenigen wächst, die sich keine Gedanken über Verbesserungsmöglichkeiten mehr machen, sondern destruktiv klagen. Unter diesen Umständen würden erweiterte Handlungsmöglichkeiten und ein höheres Niveau sozialistischer Demokratie nicht sofort von einer wachsenden Aktivität der Werktätigen beantwortet werden. Vielmehr kommt es oft sogar durch nachlassenden administrativen Druck zu verringerter Aktivität.

Erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten würden zunächst soziale Lernprozesse einleiten, und erst in deren Ergebnis kommt es zu Veränderungen im Leistungsverhalten und in der gesellschaftlichen Aktivität. Heute erntet ein Funktionär, der mit "seinen" Jugendlichen beraten will, wie die FDJ effektiv arbeiten könnte, außer allgemeiner Zustimmung zunächst nicht viel Leistungsbereitschaft und Engagement. Damit entsteht leicht ein Teufelskreis: Weil er Erfolge vorweisen muß, macht er am Ende doch alles allein, und die Passivität vieler junger Werktätiger wird weiter gestärkt.

Damit sind die Leiter und Funktionäre aber zugleich oft überfordert. Unter diesen Bedingungen konzentrieren sie sich oft auf quantitative Aspekte ihrer Arbeit und die Erfüllung der Anforderungen übergeordneter Leitungen. Der Inhalt und die Qualität der Arbeit bleiben häufig auf der Strecke, für Interessen und Anregungen der jungen Werktätigen bleibt keine Kraft mehr.

Die Tendenzen zur Passivität bei einem Teil der jungen Werktätigen resultieren aber nicht unmittelbar aus den aufgezählten Problemen, sondern daraus, daß diese Jugendlichen gegenwärtig keine überzeugende Strategie sehen, die Probleme zu lösen. Sie glauben kaum, daß sich in den nächsten Jahren etwas verbessern wird

- von der Versorgung bis zum Betriebsalltag - und sie sehen daher auch kaum Sinn im persönlichen Engagement. Der Erfolg der massenpolitischen Arbeit wird entscheidend davon abhängen, wie es gelingt, den Jugendlichen den Glauben an die Zukunft wiederzugeben.

3. Im Denken der jungen Werktätigen gibt es viele Widersprüche. So bekennen sich heute (1988 = 36 %) etwas mehr junge Werktätige dazu, daß es nicht genügt, nur einfach die Norm zu erfüllen (1986 = 33 %). Allerdings haben die Bemühungen darum, effektiver oder schneller eigene Aufgaben zu erledigen, eher nachgelassen.

Für den Erfolg der Arbeit werden in stärkerem Maße äußere Bedingungen verantwortlich gemacht, etwas weniger die eigene Persönlichkeit.

Die Arbeit wird als wichtiger für den Betrieb empfunden (mangelhafte Erfüllung der eigenen Aufgaben würde die Erfüllung der Aufgaben im Betrieb längerfristig ernsthaft beeinträchtigen - Pos. 1 + 2: 1986 = 52 %, 1988 = 60 %), aber andererseits hat das Engagement für den Betrieb eher nachgelassen.

Gespräche im Kollektiv über Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeit, über Neuerervorschläge und Erfindungen werden häufiger geführt, allerdings ist der Kreis der Aktiven kleiner geworden. Es ist auch der Anteil derjenigen gewachsen, für die die Arbeit dem Leben erst Sinn gibt (1986 = 45 %, 1988 = 50 %), ohne daß sich das unmittelbar auf das Engagement bei der Erfüllung der Aufgaben auswirkt. Bei einem kleinen Teil der jungen Werktätigen

haben Disziplinverstöße nach Umfang und Schwere eher zugenommen. Wenn auch der Arbeit allgemein mehr Bedeutung zugemessen wird, ist der Anteil derjenigen gestiegen, die am Sinn ihrer konkreten Tätigkeit und der des Betriebes zweifeln. Vermehrt hat sich der Anteil derjenigen, die im wesentlichen selbst entscheiden können, wie sie ihre Aufgaben erfüllen (1986 = 60 %, 1988 = 71 % - Pos. 1 + 2), aber zugleich hat der reale Einfluß auf Betriebsentscheidungen abgenommen und damit darauf, welche Aufgaben zu erfüllen sind, und es fehlt an wirksamen Stimuli, diese Freiräume im Interesse höherer Leistung zu nutzen. Gewachsen ist auch die Zahl der MMM-Teilnehmer, jedoch auch die Zahl der mit-
abgerechneten Nichtteilnehmer. Diese Widersprüche offen anzusprechen, würde Motivation und Leistungsbereitschaft aktivieren, wenn im Rahmen demokratischer Mitbestimmung Handlungsmöglichkeiten geschaffen und erweitert werden, und wenn entsprechende Anreize geschaffen bzw. bestärkt werden, Handlungsmöglichkeiten im Interesse der Gesellschaft zu nutzen.

A. Hoffmann

Abt. Jugend und Bildung

Aktuelle Überlegungen zur Jugendpolitik aus der Sicht des Bildungswesens

1. Die neuen, höheren Ansprüche an die Erziehung der Persönlichkeiten, die sich aus der Entwicklung des Sozialismus und der Mitverantwortung der DDR für den Weltfrieden ergeben, münden in Forderungen nach mehr Individualität und mehr Freiheitsgraden für den einzelnen. Der subjektive Faktor erhält immer größeres Gewicht. Auch junge Leute fragen immer öfter erst nach dem "Wozu", ehe sie sich engagieren. Dieses Wozu wird aber immer komplexer. Generelle Antworten (für den Frieden, für die Stärkung der DDR) motivieren immer weniger.

Wollen wir Menschen heranbilden und erziehen, die eigenverantwortlich, selbständig und schöpferisch denken und arbeiten, muß sich Individualität und Möglichkeit für individuelles Handeln stärker im Alltag zeigen. Das gelingt gut bei den Führungsbeispielen (ZMMM, Leistungssport, Spezialschulen), nicht aber bei der Mehrheit. Ein großes Problem der Schule und des Bildungssystems (auch der EOS und teilweise des Studiums) sind Gängelei und häufige Reglementierungen, während in der Berufstätigkeit, vor allem in der FDJ-Arbeit, eher zu wenig Anregungen und Hinweise von außen kommen und der "Durchschnittsjugendliche" weitgehend sich selbst überlassen ist.

X | Echte Mitverantwortung der Jugendlichen im Unterricht und außerhalb des Unterrichts ist die Ausnahme, seine Meinung bei der Gestaltung pädagogischer Prozesse kaum gefragt. Deshalb sollten Möglichkeiten der Mitwirkung der Schüler bei der Gestaltung des schulischen Lebens in eigener Regie und Verantwortung gefördert werden (Schüler- und Studentenselbstverwaltungen, Schülerzei- tungen, Verstärkung des fakultativen Bildungsangebots, mehr Mitspracherecht bei Leistungsbewertungsprozessen, mehr Möglichkeiten der Kritik von Mißständen usw.). Demokratie und die Fähigkeit zur Ausübung demokratischer Rechte muß von klein auf erlernt werden.

2. Ein künftig brisanteres Problem unserer sozialistischen Bildungskonzeption besteht in der Notwendigkeit der immer stärkeren Ausdehnung des Leistungsprinzips in diesem Bereich. Hier gibt es noch viele ungerechtfertigte Vorurteile, viel "pädagogische Provinz". Von jedem die volle Ausschöpfung seines individuellen Leistungspotentials zu fordern ist gesellschaftlich notwendig und überhaupt nicht bedenklich, solange auf der anderen Seite der Ausgleich der Startnachteile und der unterschiedlichen Leistungsausstattung im Blick bleibt.

Die FDJ fördert noch zu wenig direkt hohe und kreative Leistungen in der Schule. Im Finden und Fördern von Begabungen sind wir (bei allen Problemen) sicher schon viel weiter fortgeschritten als im Abfordern hoher Leistungen von der Masse der Schüler. "... unsere Gesellschaft kommt nicht voran, indem 50 Prozent der Überdurchschnittlichen auf die letzten drei Versetzungsgefährdeten konzentriert werden" (H. Nick in der Jungen Welt vom 15. 7. 88). Dieses spezielle Problem der Unterrichtsgestaltung ist generalisierbar auf viele Einzelprozesse im Bildungsbereich (Auswahl für das Lehrstudium, Sozialprestige des Lehrerberufs, Bewertung kreativer Lehrerleistung, Zensurensystem, Geschlechterproblematik usw.), die alle die Gefahr des Kopierens der Leistungsspitze in sich bergen. Wir nähren durch zu milde Forderungen und Bewertungen oft bei Jugendlichen die Hoffnung, daß man auch in Zukunft das erhalten wird, was der eigenen Leistung nicht entspricht.

Lehrerleistung und Schülerleistung müssen deshalb neben formalen und quantitativen Abrechnungskriterien stärker nach qualitativen Parametern bewertet werden. Dazu ist die Wettbewerbsatmosphäre in der Schule zu verstärken, auch hinsichtlich des Leistungsvergleichs der Lehrerleistung. Wer besser ist und mehr leistet, sollte belohnt werden und mehr individuelle Wahlmöglichkeiten erhalten. Abrechnung von Schulen, Lehrern und Klassen nach Zensurendurchschnitten sind problematisch, ebenso ein generelles "Prüfungshoch" bei Abschlußprüfungen.

Gegenwärtig ist ein "Weltstandsvergleich" im Bildungswesen durch die Leistungsermittlung und -bewertung erschwert. Viele Jugendliche bekommen durch ihr Zeugnis ein verzerrtes Bild von ihren eigenen Stärken und Schwächen geliefert, das zu Fehlern in der Berufswahl und der Wahl des Lebensweges führen kann.

Wir laufen Gefahr, unsere zunehmenden Probleme und Schwächen in der Volksbildung zu übersehen, zu glauben, unsere frühere internationale Spitzenposition existiere immer noch und sei unveränderbar, die großen Reformen und Anstrengungen in anderen Ländern geringzuschätzen.

3. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für Prozesse außerhalb des Unterrichts und der Schule. Es wird oft zu wenig beachtet, daß für die Bildung und Erziehung Jugendlicher in der Schule, die außerunterrichtlichen Tätigkeiten, Elternhaus, Freizeitgestaltung und Massenkommunikationsmittel immer stärker gleichwertige und gleichberechtigte Einflußfaktoren darstellen, die beim einzelnen sehr widersprüchlich wirken können. Es kann immer weniger gelingen, alle Lebensbereiche von Schülern zentralisiert in der Schule erfassen, werten und dirigieren zu wollen. Unser oft noch vorhandenes Streben nach absoluter Stabilität und größtmöglicher Kontrollierbarkeit ist bei fortschreitenden Differenzierungsprozessen immer schwieriger erfolgreich zu realisieren.

Wir müssen uns lösen von Vorstellungen, über die Schule die gesamte Persönlichkeitsentwicklung von Schülern überblicken und leiten zu können bzw. Schule und Lehrer für alles, was mit Jugend passiert, verantwortlich zu machen. Das muß zwangsläufig die politische und inhaltliche Verantwortlichkeit von außerschulischen Jugendeinrichtungen erhöhen, wie Jugendklubs, Sportvereine, Ferienlager, Jugendtourist, Tanzveranstaltungen usw. Jede "außerschulische" Institution oder Einrichtung, in der Jugendliche aktiv werden und tätig sind (also auch ein Zeltplatz, der Anglerverband, das Museum u. a.), sollten stärker ihren Aufgaben angemessene, eigenständige und eigenverantwortliche Jugendarbeit leisten, ohne allerdings gleich nach formalen Kriterien abgerechnet zu werden.

Im Hinblick auf internationale Prozesse gilt es nachzudenken, ob wir nicht in Zukunft mehr pädagogisch speziell ausgebildete Fachkräfte für Jugendarbeit außerhalb der Schule brauchen, z. B. auch für neu heranreifende Probleme bei der Betreuung und Beratung Hochbegabter, in den KDT-Erfinderschulen, im künstlerischen Bereich.

4. Für sinnvoll und möglich kann man in der nächsten Zeit eine stärkere Orientierung der Jugendpolitik auf das Lernen und aktive Anwenden von Fremdsprachen halten. Das Beherrschen von Sprachen als notwendiges Kommunikationsmittel, Grundlage für wissenschaftlich-technische Höchstleistungen und Basis der Völkerverständigung sollte als Teil der Allgemeinbildung stark aufgewertet werden.

Ergebnisse bei ZMMM-Standbetreuern 1987 zeigen, daß nur 6 Prozent dieser Auswahlpopulation vorhaben, ihre Russischkenntnisse zu verbessern (22 Prozent mit Einschränkungen), 45 Prozent (bzw. 81 Prozent) dagegen ihre Englischkenntnisse. Der Wille zum Englischlernen hängt eng damit zusammen, ob die Standbetreuer mit Computertechnik arbeiten oder nicht.

Eine andere Fremdsprache, die sie bisher noch nicht beherrschen, streben nur 14 Prozent (32 Prozent) an zu erlernen, Jüngere nicht häufiger als Ältere. Man kann insgesamt von einer geringen Lust für Sprachen sprechen, was sich auf unsere gesellschaftliche Entwicklung zukünftig zweifellos negativ auswirken dürfte.

Aus unseren internationalistischen Verpflichtungen und gleichzeitig aus den steigenden Anforderungen auf dem Hochtechnologie-Sektor erwachsen qualitativ neue Aufgaben der Sprachbeherrschung. Das ist zu wenig im Gespräch. Vorstellbar wären schwerpunktartige Komplexmaßnahmen auf diesem Gebiet unter wesentlicher Mitbeteiligung der FDJ (Aufwertung der Sprachfächer, einschließlich Deutsch, mehr fakultative Sprachangebote, mehr Sprachkurse außerhalb der Schule, Computersprache, Sprachreisen, intensivere Anwendung von Fremdsprachen im Studium, fremdsprachliche Texte in Bücher und auf Schallplattencover usw.).

K. Starke
Abt. Studentenforschung

Einige Probleme der Entwicklung der studentischen Jugend

Veränderungen in den ideologischen Wertorientierungen zeigen sich nun auch bei den Studenten. Sie führen zu einer größeren ideologischen Differenziertheit der Studentenschaft und zu einer stärkeren Polarisierung ihrer Auffassungen. Dabei fehlen bei Studenten bekanntlich größere Negativgruppen. Der Anteil normgemäß wertender Studenten ist nach wie vor groß. Zugleich reflektieren Studenten besonders kritisch über gesellschaftliche Vorgänge - stärker als andere Schichten der Jugend diskutieren sie beispielsweise über Gorbatschow und erwarten auch bei uns glasnost und perestroika (unter Berücksichtigung der DDR-Stärken, der ihrer Meinung nach weit besseren wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen).

Die kritischer werdenden Urteile betreffen in erster Linie den Staat, die Partei und vor allem die FDJ und beziehen deutlich auf die Apparate. Unter Untersuchungen zeigen sich abschwächende Identifikationsprozesse. Mit Ausnahme der Friedenspolitik, teilweise der Sozialpolitik und einzelner anderer Bereiche sind wesentliche Bereiche der Partei- und Staatspolitik betroffen, insbesondere die Innenpolitik (sozialistische Demokratie), die Wirtschaftspolitik und die Informationspolitik.

V Gefragt danach, welche Probleme unserer gesellschaftlichen Entwicklung besonders bewegen, nennen 83 % der Studenten Wirtschaft und Versorgung (Wohnungspolitik und -vergabe, Versorgungsprobleme, Angebot und Nachfrage, allgemeine Wirtschaftssituation und Mängel in der Planung und Leitung, Investitionspolitik, Preispolitik, Lohn-Preis-Gefüge, mangelnde Durchsetzung des Leistungsprinzips, wtF, Verkehrswesen). 63 % äußern sich kritisch zur Innenpolitik, 49 % zur Umweltpolitik/Umweltverschmutzung/Umweltschutz. An einzelnen Sachverhalten wird bei Studenten am häufigsten die Informationspolitik kritisch genannt.

Diese Prozesse können nicht durch einzelne jugendpolitische oder studentenpolitische Maßnahmen oder durch einfach noch größere Anstrengung in der ideologischen Arbeit aufgehalten werden. Dies ist nur durch Veränderungen in der Wirklichkeit möglich, die die

Studenten erleben. Die ideologische Erziehung ist nur ein Teil davon und sie kann - will sie realistisch sein - die (von den Studenten mehr oder weniger richtig, mehr oder weniger genau, mehr oder weniger umfassend widergespiegelte) DDR-Wirklichkeit nicht ausklammern. Dabei gibt es keine bessere Empfehlung als die Realisierung unseres Grundprinzips der Jugendpolitik, nämlich der Jugend Vertrauen zu schenken, auch bei Diskussionen, ihnen Verantwortung zu übertragen und sie in die Lösung der anstehenden Aufgaben einzubeziehen. Dafür bestehen bei Studenten noch sehr gute Voraussetzungen. Die große Mehrheit der Studenten will den Sozialismus stärken und zum Fortschritt unserer Gesellschaft beitragen. Nur wenn bestimmte Probleme in unserer Gesellschaft nicht gelöst werden und sich die in unseren Berichten ausgewiesenen ideologischen Veränderungsprozesse fortsetzen, ist mit alternativem Denken größeren Ausmaßes zu rechnen. Die wesentlichen Probleme sind nicht studentenspezifisch, sondern betreffen mehr oder weniger die gesamte Jugend. Das bezieht sich nicht nur auf die ideologischen Wertorientierungen, sondern auch auf Bildungsprozesse. Beispielsweise kommt es auch bei Studenten darauf an, schöpferische Handlungs- und Entscheidungsfreiräume für Lernende und Lehrende zu schaffen und das Prinzip der Differenziertheit der Erziehung zu beherzigen.

Nach unseren Untersuchungen sind die Studenten insbesondere in den ersten Semestern zwar quantitativ stark gefordert (reaktives Lernen von Fakten), ihr Schöpferium wird aber zu wenig entwickelt. Die Wochenstundenzahl ist mit teilweise über 28 bis 30 Stunden nach wie vor sehr stark, ebenso das Pensum an sogenannter Pflichtliteratur, daß von der Hälfte der Studenten nur zur Hälfte geschafft wird. Die Zeit für wissenschaftlich-produktive Arbeit ist nach wie vor knapp bemessen, sie ist noch immer kaum in den Lehrprozeß integriert. Zugleich beklagen die Studenten der meisten Fachrichtungen eine mangelnde Praxisorientiertheit des Studiums. Insbesondere in den ersten Semestern kommen sie oft noch zu wenig mit den fachlichen Gegenständen des Studiums in Berührung. Dadurch gelingt vielen Studienanfängern keine Identifikation mit dem Studienfach und dem künftigen Beruf. Das Schlüsselproblem besteht in der Individualisierung des Studiums. Notwendig ist eine individuelle Förderung aller (nicht nur ausgesuchter) Studenten der höheren Semester, verbunden mit einer indi-

viduell-optimalen Anforderungsgestaltung und das Nutzen der persönlichen Stärken. Untersuchungen der Studentenforschung zeigen klar, daß dort, wo dies bereits gelingt, im Studium die größten Fortschritte in der leistungsorientierten Persönlichkeitsentwicklung erreicht werden.

X Bei Studenten wie bei Jugendlichen generell wird künftig die Freizeit eine größere Bedeutung gewinnen. Das Streben nach individueller Freizeitgestaltung oder nach der Bildung bestimmter Gruppierungen mit technischen, sportlichen, künstlerischen usw. Interessen ist unübersehbar und unaufhaltsam. Es werden Formen gesucht, die ein eigenes, nicht reglementiertes Gestalten ermöglichen und die eigene Initiative freisetzen. Die Interessen der Studenten richten sich dabei auf die Selbstverwirklichung, aber auch gezielt auf bestimmte fachliche Probleme. Unsere Untersuchungen unter Hochschulabsolventen unmittelbar nach Abschluß des Studiums zeigen eindeutig, daß diese individuellen Wünsche meist sehr stark gesellschaftliche Bezüge haben und sich auf die berufliche Arbeit und die Persönlichkeitsentwicklung beziehen. So dominieren in den Freizeit- und Weiterbildungswünschen dieser Absolventen das Beherrschen der Computertechnik, das Erlernen von Fremdsprachen und die Qualifizierung kulturell-künstlerischer und handwerklicher Fähigkeiten. Die Förderung der Hochschulabsolventen verdient eine besondere Beachtung. Es ist an der Zeit, sie materiell und sozial anderen Schichten der Jugend gleichzustellen. Das bezieht sich auf Gehälter und auf die Zuweisung von Wohnraum. Der Trend geht schon bei Studenten zur eigenen Wohnung. Zugleich kommt es darauf an, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Wohnheimen zu verbessern - wo viele Studentenfamilien (gern) wohnen. Hier, wie bei allen anderen Fragen, hat der Jugendverband eine wichtige Aufgabe, in dem er sich als Vertreter der Interessen der Studenten erweisen kann. Dabei kommt es durchaus nicht nur auf die Lösung sozialer Fragen an. Sehr wichtig ist es, daß die Studenten und Absolventen entsprechend ihrer Qualifikation gefordert werden, daß sie effektiv studieren und arbeiten können, daß sie spüren, in der Gesellschaft angesehen und von ihr gebraucht zu werden.

H. Süße
Abt. Landjugend

Einige Probleme bei der Entwicklung der Landjugend

1. FDJ in Dorf-Grundorganisationen - Jugendförderung auf dem Lande

- Auch in unserer jüngsten Dorfuntersuchung ist ein weiterer Rückgang des Interesses an Mitgliederversammlungen der FDJ, dem FDJ-Studienjahr, an politischer Weiterbildung im allgemeinen festzustellen. Das hängt zum Teil auch mit Spezifika der Landjugendentwicklung zusammen. Es muß besser berücksichtigt werden, daß der saisonbezogene Arbeitsrhythmus der Landwirtschaftsjugend einer Entsprechung im Bereich der Propagandatätigkeit bedarf. Also Konzentration auf die Wintermonate und Betonung der agitatorischen Mittel in der Zeit der Frühjahrsbestellung, in der Pflegephase und Erntezeit. Der Einsatz im Bezirk Halle zum FDJ-Studienjahr Anfang 1988 bestätigte diese Erkenntnis deutlich. Man muß dies endlich einmal mit Experten beraten und darüber entscheiden.
Grundsätzlich sollte man in der Propagandaarbeit der Landjugend spezifischen Themen mehr Beachtung schenken.
- Des weiteren gilt es, die Arbeit der Dorfgrundorganisationen der FDJ zu aktivieren. Sie sind für die Entwicklung der ganzen Dorfjugend (von denen bekanntlich nur die Hälfte bis ein Viertel in der Landwirtschaft arbeitet) außerordentlich bedeutsam. Sie müssen maßgeblich die Mitwirkung der Landjugend bei der weiteren Ausgestaltung der sozialistischen Lebensweise im Dorf sichern. Unsere Untersuchungen zeigen, daß die Dorf-GO schwer in Tritt kommen.
Nur ca. ein Drittel der Dorfjugend weiß überhaupt von ihrer Existenz, von der Mitarbeit ganz zu schweigen. Für die Dorf-GO müßte eine FDJ-Initiative ins Leben gerufen werden, die auf ein "gut funktionierendes Alltagsleben des Dorfes" orientiert wird und Umweltfragen, Landschafts- und Naturschutz einschließt.

- Nach wie vor ist die Kenntnis der grundlegenden Dokumente der Jugend- und Dorfentwicklung - also des Jugendförderungsplanes und der Dorfgestaltungskonzeption - bei der Mehrheit der Landjugend unbekannt. Nur 20 - 30 Prozent wissen um deren Existenz, ganz zu schweigen von echter Beteiligung an der Ausarbeitung. Hier bringt sich die FDJ zu wenig ein. Sozialistische Demokratie müßte in den Dörfern, in denen der soziale Kontakt bedeutend enger als in den Städten ist, viel besser funktionieren. Gerade diese beiden Dokumente und vor allem ihre breite demokratische Erarbeitung und Realisierung könnten eine wesentliche Grundlage für die Erhöhung des Grades der Selbsthaftigkeit der Landjugend sein.
- Bemerkenswert ist die Entwicklung der VdgB in unseren Dörfern, ebenso seine jugendpolitische Wirkung. Immerhin sind in unserer 87er Dorfuntersuchung bereits 50 Prozent der jungen Genossenschaftsbauern Mitglied der VdgB. Beachtlich ist auch die Zunahme weiblicher älterer Jugendlicher in Funktionen der VdgB, die vordem oftmals FDJ-Funktionäre waren. Die Vereinbarung zwischen FDJ und VdgB sollte in Jahresprotokollen konkretisiert und wirksam gemacht werden, z. B. für die Unterstützung kleiner Lehrlingswohnheime.

2. Jugend in der landwirtschaftlichen Produktion

- Die in den drei zurückliegenden Jahren vollbrachten hohen Produktionsleistungen der Landwirtschaft dürfen unter keinen Umständen darüber hinweg täuschen, daß diese Erfolge - der importunabhängigen Erfüllung aller Versorgungsleistungen folgend - mit allergrößten Anstrengungen der Berufstätigen, einen zunehmenden Verschleiß vergegenständlichter Arbeit und bei unzureichender Technikzuführung erreicht werden konnten. Bei geringer zunehmendem, wenn nicht sogar abnehmendem Arbeitskräftebestand und steigenden Produktionsanforderungen muß eine gravierende Veränderung in der Reproduktion des Grundmittelbestandes - quantitativ und qualitativ - einsetzen, wenn die Berufstätigen in der Landwirtschaft, insbesondere auch Jugendliche, sich nicht als "verlassene" Beschäftigtengruppe fühlen sollen.

X Die in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen müssen den wtf in ihrer unmittelbaren Arbeit erleben können. Der Anspruch, die Landwirtschaft zunehmend zu einem Zweig angewandter Wissenschaft zu machen, sehen die Jugendlichen auch bei hoher Qualität ausschließlich durch die MMM-Bewegung oder die Arbeit in Jugendforscherkollektiven als nicht erfüllbar an.

- Im Vergleich mit anderen Beschäftigtengruppen und den außerordentlich hohen Zahlen von Überstunden (die durchaus als Quelle sozialer Differenzierungen in der Persönlichkeitsentwicklung angesehen werden müssen) ist das Arbeitseinkommen unter Berücksichtigung des Arbeitsaufwandes zu gering. Überhaupt ist - bezogen auf einen volkswirtschaftlichen Durchschnitt im Produktionsniveau - die Landwirtschaft nach wie vor weniger attraktiv als andere Bereiche. Gut zu erkennen an den zahlreichen Zweitbewerbern unter den Lehrlingen und der hohen Fluktuation nach Abschluß der Berufsausbildung.

Im Zusammenhang mit den unzureichenden Investitionsmöglichkeiten, die gegenwärtig gerade ausreichen, um die einfache Reproduktion in industriemäßigen Anlagen abzusichern, ist damit zu rechnen, daß in ausgewählten Territorien der Bezirke Leipzig, Halle, Neubrandenburg die personelle Absicherung der Produktion nicht mehr gewährleistet ist. Erste Anzeichen für zurückgehende Lehrlingszahlen sind bereits vorhanden.

Es muß grundsätzlich das Sozialprestige der Arbeit in der Landwirtschaft erhöht werden.

- Die Gruppen werktätiger Jugend, die in der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit verdienen, sind Jugendliche in der herkömmlichen Tierproduktion und junge Frauen und Mädchen in der Pflanzenproduktion.

Die außerordentlich komplizierten Bedingungen mit denen in der herkömmlichen Tierproduktion gearbeitet wird (vorrangig körperlich schwere Arbeit, geteilter Arbeitstag, hohe Anzahl von Jahresarbeitsdagen durch Unterbesetzung etc.) führen zu einer abnehmenden Bereitschaft unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

Die Fluktuation ist ungewöhnlich hoch! Der "zurückbleibende" Arbeitskräftebestand weicht in seiner sozialen Struktur (hoher Anteil Ungelernter) deutlich von den übrigen ab. Eine vergleichsweise geringere Ausprägung progressiver Einstellungen - besonders im Hinblick auf die Durchsetzung des wtF ist die Folge.

Ähnlich kritisch ist die Situation bei den weiblichen Jugendlichen in der Pflanzenproduktion. Schwere körperliche Arbeit, nicht gesicherte ganzjährige Beschäftigung, zu seltener Einsatz an Technik bzw. Technik, die für weibliche Berufstätige nicht geeignet ist, und die ungünstigen territorialen Bedingungen, die Berufstätigkeit und Familie schwer in Übereinstimmung bringen lassen, haben zu einem stetig fallenden Anteil weiblicher Berufstätiger in der Pflanzenproduktion geführt und das wird sich fortsetzen, wenn die geschuldeten Bedingungen nicht geändert werden.

Daraus ergibt sich folgende grundsätzliche Schlußfolgerung: Die hohen Leistungen in der Landwirtschaft werden vorrangig durch höheren physischen Aufwand der dort Werktätigen erbracht. Vor allem im Hinblick auf andere Volkswirtschaftsbereiche müssen diese Leistungen entsprechend anerkannt und stärker gewürdigt werden. Gesellschaftlich anerkannt besonders dadurch, daß für die Werktätigen (vor allem die Jugend) eine kontinuierliche Entwicklung in den Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar wird. Gesellschaftliche Wertschätzung, eine deutliche spürbare positive Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen und ihre realistische Propagierung könnten bewirken, daß sich Jugendliche gut motiviert für die Arbeit in der Landwirtschaft als eine gleichermaßen schwierige wie anspruchsvolle Herausforderung entscheiden.

3. Umwelt - Ökologie

X/ "Umwelt" zählt heute bei Jugendlichen zu ähnlich wichtigen Begriffen wie "Frieden". Damit sind beste Voraussetzungen gegeben, Massen junger Leute zu motivieren. Allerdings herrscht der Eindruck vor, daß die Gesellschaft nicht in der Lage ist, Voraussetzungen dafür zu schaffen (Batterienabnahmen, Sero-Annahmen, einfache Recyclingprozesse). Vor allem auch unter Landjugendlichen häufen sich die Auffassungen, daß intensive Landwirtschaft und Sicherung der Landeskultur sich nicht mehr einfach vereinbaren lassen.

Chemisierung als Intensivierungsfaktor wird häufig abgelehnt. Gefragt wird nach sehr speziellen Düngern mit sehr abgegrenzten Einsatz-Charakteristika und exakt arbeitender Dosierungstechnik.

Bei der immer notwendiger werdenden Differenzierung der jugendpolitischen Arbeit sollten im Bereich der Landjugend Fragen der Ökologie stärkere Beachtung erfahren. Die Landjugend muß in besonderem Maße Sachwalter des Landschafts- und Naturschutzes für das Volksganze werden.

4. Migration

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung ist eine wichtige Voraussetzung der Produktion und überhaupt des gesellschaftlichen Lebens - Ausdruck und in gewisser Weise sogar Gradmesser des Niveaus von Produktivkraftentwicklung. Unter bestimmten Umständen ist sie aber auch ein Gradmesser sozialer Probleme. Theoretisch müßte die Verteilung der jungen Wohnbevölkerung und ihres Arbeitsvermögens proportional auf die verschiedenen Siedlungsgrößen verlaufen und die Herausbildung sowie Weiterentwicklung hocheffektiver Proportionen zwischen den einzelnen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft optimal unterstützen. Praktisch ist das aber nicht so. In der DDR finden wie in vielen Ländern der Welt Wohnsitzverlagerungen vom Land zur Stadt statt. Diese Migrationsbewegungen sind nicht neu. Seit einigen Jahren stellen sie in ihrer Größenordnung und vor allem in ihren territorialen Auswirkungen eine nicht mit volkswirtschaftlich, sondern auch siedlungs- und bevölkerungspolitisch zu beachtende Größe dar.

Da dieser Prozeß überwiegend von jungen Leuten getragen wird, die doppelt so häufig an Migrationen beteiligt sind als ihr realer Anteil an der Bevölkerung ausmacht, leitet sich daraus auch die jugendpolitische Relevanz migrationeller Mobilitätsprozesse ab. Sie haben entscheidenden Einfluß auf die Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und beeinflussen zum Teil wesentlich die Sozial-, Berufs- und Qualifikationsstruktur wie auch demographische Strukturen von Gebieten. Nicht die migrationelle Mobilität ist das Problem. Die wiederholt erhobene Forderung nach einer "Verhinderung von Migrationen" ist eine falsche Orientierung - vor allem in bezug auf die Dörfer.

Die migrationelle Mobilität der Jugendlichen aus kleinen Gemeinden ist größer und muß größer sein als die der Stadtjugend. Allein die Bildung eines gemeinsamen Haushalts von jungen Eheleuten ist mit größerer Wahrscheinlichkeit mit einem Wohnortwechsel eines Partners verbunden. Problematisch wird die Sache erst dann, wenn die Familiengründung, aber auch die Berufswahl und andere Entscheidungsmotive des Jugendalters als willkommener Anlaß zum Wegzug aus Dörfern und aus bestimmten Gebieten fungiert.

Migrationsverluste hatten in den letzten 20 Jahren vor allem

- die Dörfer in den agrarisch strukturierten Gebieten des Nordens der DDR,
- die Landkreise in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Dresden,
- der industrielle Ballungsraum Leipzig - Halle - Bitterfeld.

Die Gemeinden des Bezirkes Neubrandenburg hatten zwischen 1971 und 1981 (der Zeitraum zwischen den beiden Volkszählungen) Einwohnerverluste von durchschnittlich 19,5 Prozent, dabei im Kreis Anklam von durchschnittlich 25,9 Prozent. Der Bevölkerungsrückgang in den Landgemeinden ist zu über 90 Prozent auf Migrationsverluste zurückzuführen. Jährlich sind über 10 000 Jugendliche aus Landgemeinden an diesem Prozeß beteiligt; da in starkem Maße junge Frauen migrieren (s. landwirtschaftliche Arbeit), hat das bereits zu Geschlechterdisproportionen geführt.

So fehlen im Geschlechtervergleich gegenwärtig über 20 000 Mädchen bzw. junge Frauen in unseren Dörfern. Partnerwahl, Familiengründung begünstigt dadurch auch die Migration junger Männer aus den Dörfern.

Sozial und volkswirtschaftlich entscheidend ist weniger die Tatsache, daß jährlich etwa 50 000 Jugendliche aus Landgemeinden migrieren, sondern vielmehr das Problem des Bevölkerungsverlustes infolge von Migrationen, d. h. die negativen Migrationssalden. Da diese Tendenz schon seit Jahren festzustellen ist, und sich durch bestehende Migrationsabsichten bei 30 Prozent der Landjugendlichen eine Fortsetzung andeutet, ist zu vermuten, daß entgegen manchen gutgemeinten Erklärungen der Vergangenheit zahlreiche ländliche Siedlungen keine Zukunft haben. Viele werden - sofern bisherige Abwanderungsprozesse nicht aufgehalten und durch Zuwanderungen quantitativ kompensiert werden - trotz großer Anstrengungen einfach eingehen, aufhören zu existieren. Das kann jedoch verheerende Folgen für die landwirtschaftliche Produktion haben. Man muß heute etwas dagegen tun, wenn wir morgen nicht diese, vielleicht dann kaum noch zu kompensierende Probleme haben wollen.

Für die überwiegende Mehrheit der Landgemeinden besteht die dringende Notwendigkeit von bevölkerungsstabilisierenden Maßnahmen, die insbesondere an den Interessen und Bedürfnissen junger Leute orientiert sind bzw. diese gezielt herausbilden. Mittel und Wege der Einflußnahme und Gegensteuerung auf einseitige Abwanderungsprozesse sind:

1. die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Abwanderungsgebieten
2. die gezielte Herausbildung ideeller Bindungsfaktoren und stärkere Nutzung bereits vorhandener staatlicher Führungsdokumente zur Erläuterung und Diskussion der jugend- und gesellschaftspolitischen Strategie auf dem Lande
3. die energische Durchsetzung des Prinzips der Intensivierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Städten und damit der Abbau migrationsfördernder Anreize für eine Zuwanderung Jugendlicher.

Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den besonders gefährdeten Landgemeinden muß komplex erfolgen. Dabei ist vor allem die Verbesserung der Wohnbedingungen, insbesondere die zeitlich richtig eingeordnete Schaffung von Wohnraum für junge Leute, eine wichtige Voraussetzung. Darüber hinaus kommt den Arbeitsmöglichkeiten für junge Frauen und Männer sowie den Freizeitmöglichkeiten eine große Bedeutung zu. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man in den ländlichen Siedlungen nicht alle von ihren Bewohnern benötigten Arbeitsplätze, Einkaufs- und Dienstleistungseinrichtungen schaffen kann. Umso wichtiger ist die Begünstigung bzw. Förderung anderer Formen territorialer Mobilität, also auch des individuellen und des öffentlichen Personenverkehrs. Wenn wir die Migrationsverluste verringern wollen, müssen wir die Verkehrsverbindungen in die größeren Städte verbessern.

Beispielsweise hat die Mehrheit keine Kenntnis von den Jugendförderungsplänen in den Betrieben und Gemeinden und ein noch wesentlich geringerer Teil hat seine Interessen/Bedürfnisse darin eingebracht, war bei der Erarbeitung der jugendpolitischen Aktivitäten im Betrieb und Dorf beteiligt.

Ganz wesentlich ist, daß die Leitungen, durch die gute soziale Durchschaubarkeit der Dorfgemeinschaften begünstigt, der individuellen Arbeit mit den Jugendlichen (von der Analyse der Migrationsmotive bis zum Finden von Maßnahmen gegen individuelle Migrationspläne) größere Aufmerksamkeit schenken. Hier muß auch der Jugendverband als Interessenvertreter stärker wirksam werden. Vielleicht kann der ZR auf dem Parlament auch materielle Fragen befördern, die wir im Komplexmaterial V zum Landjugendkongreß angeregt haben.

D. Wiedemann

Abt. Kultur- und Medienforschung

Zur Entwicklung des geistig-kulturellen Freizeitlebens junger DDR-Bürger - Entwicklungstendenzen und notwendige Aktivitäten

Mit Nachdruck sollten die Leiter der Kommissionen Jugend und Sport darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese eine politische Verantwortung für das geistig-kulturelle Freizeitleben a l l e r Jugendlichen haben (nicht nur für das der FDJ-Mitglieder), daraus abgeleitet, daß sie auch für die gesamte Breite des Angebotes und der Möglichkeiten verantwortlich sein müssen und nicht nur für die vom Jugendverband initiierten bzw. organisierten!

Einige bei Jugendlichen sehr populäre Formen der geistig-kulturellen Freizeitgestaltung geraten nämlich sonst an den Rand des Blickfeldes der für die Jugendpolitik in den Territorien verantwortlichen Genossen. Als Beispiele seien hier angeführt: Kino und Film, Bibliotheken, Buchhandlungen und Bücher, Galerien und Poster.

Damit bestreiten wir nicht die Notwendigkeit von politischen Schwerpunktsetzungen, ganz im Gegenteil. Wir werden im folgenden auch den Erfolg einer solchen Orientierung bei Jugendlichen am Beispiel aktueller Untersuchungsergebnisse zur Resonanz von Jugendklubs belegen. Es geht um die bessere Beachtung der Breite und Vielfalt jugendkulturellen Verhaltens auch im Verantwortungsbereich der Jugendpolitik, um damit gegen eine Unterscheidung von jugendpolitisch bedeutsamer/beachtenswerter Freizeitgestaltung und solcher, die von der Jugendpolitik weniger beachtet wird.

Unter Berücksichtigung dieser Prämisse sind Orientierungen der Leiter der Jugendkommissionen auf die folgenden Aufgaben notwendig:

1. Das Wohlfühlen Jugendlicher ist wesentlich von den Lebensbedingungen im konkreten Territorium beeinflusst und damit auch vom dort herrschenden kulturellen Klima. Wir sollten uns deshalb deutlich gegen territoriale Unterschiede in der Akzeptanz von Rockgruppen und ihren Texten, von Ausstellungen, Theater insze-

nierungen usw. wenden und gleichzeitig die Leiter der Jugendkommissionen auf die große Bedeutung einer für Jugendliche attraktiven Territorialkultur aufmerksam machen (besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auch auf die Jugendangebote der territorialen Massenmedien gerichtet werden). Dies schließt die stärkere Nutzung spezifischer kultureller Traditionen im Territorium ein. Orientierung auf das Territorium muß dabei immer auch bedeuten, die Errungenschaften der Zentralen Angebote zum Maßstab zu nehmen, z. B. die in "Jugendradio DT 64" und in der "Jungen Welt" erreichte Qualität in der Interessenvertretung junger Leute (das Aufgreifen und Diskutieren ihrer Probleme und Erfahrungen) sowie die politische Diskussion mit ihnen.

2. Territoriale Jugendpolitik sollte konsequenter als bisher die wachsende Resonanz der westlichen Medienangebote bei jungen Leuten einkalkulieren. Die vielfach belegte Feststellung, daß möglichen Einflüssen der Westmedien immer dann am wirkungsvollsten begegnet werden kann, wenn wir mit unseren Jugendlichen über alle sie bewegenden Fragen und Probleme offen und ehrlich reden, muß dabei immer mehr zur Handlungsmaxime werden.

Für einen solchen vertrauensvollen Dialog muß jede junge Generation neu gewonnen werden, da die Gewöhnung an die Westmedien in der Regel sehr früh erfolgt, bevor sich stabile politische und weltanschauliche Einstellungen und Verhaltensweisen ausgeprägt haben. Die Auseinandersetzung mit den westlichen Medienangeboten muß selbstverständlich von einem klaren politischen Standpunkt her, aber ohne politische Diskriminierung der Jugendlichen erfolgen, die Erfahrungen mit und Fragen zu den Westmedien haben. Das sollte gezielter als bisher bereits in der Schule erfolgen. Der Umstand, daß nur 12 % von Schülern aus 8. Klassen angeben, mit ihren Lehrern über alle gesehenen Fernsehsendungen sprechen zu können, signalisiert ein mangelndes Vertrauensverhältnis auf diesem Gebiet!

3. Aktuelle Forschungsergebnisse verweisen auf einen Beliebtheitszuwachs von Jugendklubs bei Jugendlichen, insbesondere bei Lehr-lingen.

Die kontinuierliche Verbesserung der materiellen Bedingungen hat also Erfolg gezeigt. Die Jugendklubarbeit muß jetzt aber stärker

einhergehen mit deren inhaltlicher Profilierung. Dies erfordert u. a. die bessere Qualifizierung der Jugendklubleiter, die breite Einbeziehung junger Leute in die Verantwortung für die Klubarbeit, die inhaltliche Profilierung der Klubs usw.

Jugendklubs als Möglichkeit des Kennenlernens bzw. Erfahrens sozialistischer Demokratie, des "Trainings" für Verantwortungsübernahme und als Ort des Ausprobierens verschiedener Formen der Lebensgestaltung in der sozialistischen Gesellschaft usw. sollten auch von den im Territorium verantwortlichen Genossen stärker gefordert und gefördert werden.

4. Ausgehend von der großen Bedeutung der populären Musik bei Jugendlichen, ihres ausgeprägten Bedürfnisses nach Tanzveranstaltungen usw., gilt es auch die folgenden Prozesse verstärkt zu beachten:

- Musikproduktion, -verbreitung und -gebrauch werden immer stärker von Entwicklungen des wtF beeinflusst.

Alltagserfahrungen und Untersuchungsergebnisse zeigen gleichermaßen, daß für viele Jugendliche die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, ihr technologischer Entwicklungsstand vom Stand unserer Medientechnologien her beeinflusst wird. Dies reicht von der territorialen Empfangsqualität von "Jugendradio DT 64" (STEREO!) bis hin zur Ausstattung der Rockgruppen mit Musikcomputern oder der der Jugendlichen mit hochwertigen Geräten zur Musikaufzeichnung und -wiedergabe (zukünftig auch Videotechnik).

Territoriale Reserven sollten besser erschlossen werden.

- Das Entwicklungsniveau der populären Musik in unserem Land wird auch in Zukunft wesentlich vom Ausbildungsstand der im Territorium ansässigen Musiker (und Diskotheker), von deren Förderung abhängig sein. Hier sollte u. a. über die Schaffung territorialer Studios (analog den modern ausgestatteten Privatstudios!) und anderer Förderungsmaßnahmen aber auch über den Sinn territorial unterschiedlicher Textorientierungen nachgedacht werden.
- Musikproduktion und -verbreitung sind Formen gesellschaftlicher Tätigkeiten, die einer entsprechenden gesellschaftlichen Aner-

kennung und Würdigung bedürfen. Neben Fragen der Honorierung sollten insbesondere auch solche der gesellschaftlichen Anerkennung in Form von Auszeichnungen, Jugendtouristreisen usw. berücksichtigt werden.

5. Insgesamt gesehen müßten die Jugendverantwortlichen in den Territorien entschiedener auf eine originelle und spezifische Freizeit- bzw. Kulturarbeit orientiert und nicht so sehr nach formalen Gesichtspunkten (Anzahl der Jugendklubplätze, der Tanzveranstaltungen usw. je 1 000 Jugendliche) bewertet werden. Da beim gegenwärtigen Stand ein bestimmtes Grundangebot, eine bestimmte Grundausstattung als gegeben betrachtet werden kann, muß jetzt mehr Wert auf die inhaltliche Qualität der Arbeit gelegt werden.

G. Roski

Abt. Politische Aktivität

Zu neuen Tendenzen im Bereich des Freizeitsports der Jugendlichen

Obwohl sportliche Betätigung in der Freizeit für viele Jugendliche der DDR zum Bestandteil ihrer aktiven Lebensgestaltung geworden ist, treibt der größere Teil nur gelegentlich Sport bzw. hat den Weg zu sportlicher Tätigkeit überhaupt noch nicht gefunden. Hier weitere Fortschritte zu erzielen, erfordert, ein vielseitiges Angebot in Inhalt und Form zu offerieren, das den unterschiedlichen Interessen und Alters- sowie Leistungsbesonderheiten entspricht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß infolge des weiteren Voranschreitens von Wissenschaft und Technik im Arbeitsprozeß und der damit verbundenen Zunahme psychischer Belastungen objektiv eine gewisse Umstrukturierung der freizeitbezogenen Bedürfnisse erfolgt, eingeschlossen jene, deren Befriedigung durch sportliche Betätigung erfolgen kann. Sportlicher Tätigkeit liegen heute vornehmlich Motivationen zugrunde, die auf Entspannung von der beruflichen bzw. der Lern-tätigkeit, auf Erlebnisgewinn und Geselligkeit/Kommunikation orientiert sind. Außerdem spielen nach wie vor auch solche Bedürfnisse eine Rolle wie nach Gesunderhaltung, nach Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit und Selbstbestätigung.

Anders gesagt: Freizeitsport-Angebote für Jugendliche müssen heute mehr denn je die Gewähr bieten, daß die genannten Bedürfnisse (möglichst komplex) befriedigt werden können.

Besonders junge Leute streben im Freizeitsport die Erweiterung sozialer Kontakte und Erlebnisbereiche an. Das erfordert z. B. ein Angebot an Sportarten, das vielfältige Kommunikation ermöglicht, attraktiv ist und hohen Erlebniswert verspricht. Der Wunsch, durch sportliche Tätigkeit die sportliche Leistungsfähigkeit zu verbessern und sich selbst bestätigen zu können, verlangt überdies nach Sportarten, die ein besseres Kennenlernen des eigenen Körpers, das Austesten körperlicher Möglichkeiten, eine Schulung von Bewegungsabläufen gestatten. Darüber hinaus wächst der Wunsch, anspruchsvolle Techniken und Sportarten zu erlernen und im Kreis von Freunden und Gleichaltrigen auszuführen.

Neben verschiedenen traditionellen Sportarten (Fußball Schwimmen) rücken daher nachweislich solche Disziplinen in das Blickfeld der Jugendlichen wie Motorsport, Tennis, Pferdesport, Wassersport (einschl. Surfen), Kraft- und Kampfsport (Judo, Karate u. a.).

Die Erweiterung der Möglichkeiten, in den entsprechenden Verbänden des DTSB, aber auch im Rahmen von Jugendklubs der FDJ, diese Sportarten zu betreiben, stellt sich so fraglos als Potenz dar, mehr Jugendliche zum Sporttreiben, insbesondere in organisierter Form, zu gewinnen.

Zur Ausübung dieser Sportarten müssen, territorial differenziert, noch mehr und bessere Möglichkeiten geschaffen werden. Das erfordert die Koordinierung der Bemühungen aller gesellschaftlichen Kräfte im Territorium (insbesondere auch zwischen betrieblichen Leitungen, DTSB und FDJ) zur Schaffung eines attraktiven, kulturell ergänzten Sportangebots. Zu beachten ist darüber hinaus das zunehmende Bestreben (auch und besonders bei bisher nicht regelmäßig Sporttreibenden), mit dem andersgeschlechtlichen Partner oder in Familie Sport zu treiben.

Ungeachtet dieser Tendenzen dürfen zwei entscheidende Schaltstellen für die Zuwendung zum Freizeitsport nicht aus dem Blick geraten: das sportliche Klima im Elternhaus und die Anregungskraft des Sportunterrichts. Gerade letztere Instanz muß und kann ihre Potenzen noch weit besser hinsichtlich der Stimulierung zum eigenständigen Sporttreiben in der Freizeit nutzen. Die Einführung des Wahlsportteils im Sportunterricht der FOS bietet hierfür gute Möglichkeiten, vorausgesetzt, es werden wirklich jene Sportarten betrieben, die im Interesse der Kinder und Jugendlichen liegen.